

Uwe Wenzel
Beate Rosenzweig
Ulrich Eith (Hrsg.)

Rechter Terror und Rechts- extremismus

Aktuelle Erscheinungsformen und Ansätze
der politischen Bildungspraxis



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

Uwe Wenzel, Beate Rosenzweig, Ulrich Eith (Hrsg.)

Rechter Terror und Rechtsextremismus

Aktuelle Erscheinungsformen und
Ansätze der politischen Bildungspraxis



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Wiesnecker Beiträge zu Politik und politischer Bildung.
Herausgegeben von Günther C. Behrmann und Ulrich Eith

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2015

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-0113-8 (Buch)
ISBN 978-3-7344-0114-5 (E-Book)

Inhalt

Aktuelle Erscheinungsformen und Mobilisierungsmuster des Rechtsextremismus

Uwe Wenzel, Beate Rosenzweig, Ulrich Eith

Rechter Terror und Rechtsextremismus – Herausforderungen für
die politische Bildungsarbeit 7

Albert Scherr

Rechtsextremismus, die Mitte der Gesellschaft und die
Aufgaben der politischen Bildung 17

Roland Eckert

Rechtsterrorismus und Sicherheitsbehörden 31

Juliane Lang

Mehr als die ‚emotionale Kompetenz‘ der Partei?
Mädchen und Frauen in der extremen Rechten 53

Björn Allmendinger

„Neonazis in Lederkutteln –
von braunen Engeln und rechten Banditen“ 75

Christoph Busch

Rechtsradikalismus im Internet 97

Praxisbeispiele aus der politischen Bildungsarbeit gegen rechts

Lennard Aldag

Starke Netzwerke schaffen – Gewerkschaftliche Strategien gegen
Nazis auf lokaler Ebene 121

Karsten Wilke

Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ in
Nordrhein-Westfalen 127

<i>Wolfgang Erichson</i> Auf die Kommunen kommt es an	131
--	-----

Perspektiven politischer Bildungsarbeit

<i>Michael Kohlstruck</i> Kleines Vademekum: Politische Bildungsarbeit und Rechtsextremismus	139
--	-----

<i>Ulrich Dovermann</i> „Der Kampf gegen den Rechtsextremismus“? Versuch einer Bestandsaufnahme nach der Entdeckung von NSU	153
---	-----

<i>Regina Bossert, Lars Legath</i> Team meX. Mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus	163
--	-----

<i>Jochen Schmidt</i> Rechtsextremismus und Demokratiestärkung in Mecklenburg-Vorpommern. Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“	167
--	-----

<i>Uwe Wenzel</i> Das Bild des Fremden: Zum Umgang mit antiziganistischen Stereotypen in der politischen Bildungsarbeit	175
Autorinnen und Autoren	189

Aktuelle Erscheinungsformen und Mobilisierungsmuster des Rechtsextremismus

Rechter Terror und Rechtsextremismus – Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit

Die Aufdeckung der rassistischen Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) im November 2011 hat in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Debatte über den Rechtsextremismus ausgelöst. Um diese aktuelle Debatte in ihrer Relevanz für die politische Bildung auszuloten, fand im Studienhaus Wiesneck auf Initiative des Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer im Frühjahr 2012 eine wissenschaftliche Tagung statt. Prof. Oberndörfers jahrzehntelanges Engagement für Toleranz, Mitmenschlichkeit und eine demokratische Zuwanderungsgesellschaft ist für die politische Bildungsarbeit des Studienhauses Wiesneck sinngebend und ein fortwährender Ansporn. Wir möchten ihm deshalb auch an dieser Stelle für seine wissenschaftliche und persönliche Unterstützung unserer Arbeit und auch dieser Tagung ganz herzlich danken.

Die Tatsache, dass eine im Untergrund agierende Terrorgruppe über mehr als ein Jahrzehnt hinweg zehn Morde sowie Dutzende Raubüberfälle und Anschläge verüben konnte, wirft nicht nur grundlegende Fragen zur Praxis der staatlichen Ermittlungsbehörden auf. In den Mittelpunkt gerückt sind zudem die aktuellen Erscheinungs- und Handlungsformen der extremen Rechten. Dabei geht es zunächst um die Frage der Durchdringung breiterer Kreise unserer Gesellschaft mit rechtsextremistischen Sichtweisen und Deutungsmustern. Darüber hinaus schafft die rechte Bewegung neue Strukturen und erschließt damit neue Personenkreise für Ihre Aktivitäten. Beispielhaft dafür stehen die „Autonomen Nationalisten“, rechte Rockerbanden, Hooligans und zunehmend auch junge Mädchen und Frauen, die in der rechten Szene aktiv werden. Die Ausweitung solcher Milieus geht einher mit der teils professionellen Nutzung neuartiger Agitationsformen durch Rechtsextreme im Internet. Der jährlich vorgelegte Verfassungsschutzbericht dokumentiert diese nachhaltige Verfestigung rechtsextremer Praktiken, wiewohl davon auszugehen ist, dass dabei nur die Spitze eines Eisbergs erfasst wird. Besorgniserregend ist aktuell insbesondere die strategische Instrumentalisierung antimigrantischer und antimuslimischer Diskurse durch rechtsextreme Gruppierungen, die

sich in oft gewaltsamen Demonstrationen und in einer zunehmenden Zahl „fremdenfeindlicher Straftaten“ niederschlägt (Verfassungsschutzbericht 2013).

Die Fokussierung auf die Mordserie des NSU und die Agitation rechter Kreise sollte nicht verdecken, dass rechtsextreme Haltungen und Sichtweisen schon lange nicht mehr als Randphänomen unserer Gesellschaft betrachtet werden können. Die Studie des Leipziger Forscherteams um Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler aus dem Jahr 2014 spricht zurecht von einer „stabilisierten Mitte“ und damit von fest verankerten rechtsextremen Sichtweisen gegenüber dem vermeintlich Fremden. In allen Bevölkerungsgruppen, so die Autoren, ließen sich manifeste rechtsextreme Einstellungen nachweisen. Trotz teils sinkender Werte ist jeder fünfte Deutsche nach wie vor ausländerfeindlich eingestellt und gegenüber einzelnen Personengruppen wie Asylbewerbern oder gegenüber Sinti und Roma steigt die Ablehnung deutlich (Decker/Kiess/Brähler 2014, 59–63). Auch die aktuelle „Pegida-Bewegung“ zeigt, dass sich ein verbreiteter Unmut über demokratische Entscheidungsprozesse schnell mit fremden- und integrationsfeindlichen Einstellungen verbindet. Eine pluralistische Gesellschaft wie die bundesdeutsche, die auf demokratischen und rechtsstaatlichen Grundprinzipien fußt und sich ein offenes Verständnis historischer und gesellschaftlicher Prozesse zur Maxime macht, ist damit in besonderer Weise herausgefordert. Dies gilt insbesondere auch für alle in der Bildungs- und Integrationsarbeit Aktiven. Jenseits eines kurzfristigen Aktionismus‘ braucht es eine kritische Neubewertung wie auch eine Neuorientierung bestehender Ansätze und Konzepte der Jugendbildungsarbeit, die sich mit dem Phänomen des Rechtsextremismus auseinandersetzen.

In der Bundesrepublik können wir auf eine jahrzehntelange Praxis antirassistischer Bildungsangebote zurückblicken. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist eine umfassende Differenzierung von Zielsetzungen und Zielgruppen. Auf der Grundlage steuernder Einflüsse durch Bundes- und Landesprogramme hat sich dabei eine kaum überschaubare Zahl von Trägern, Konzepten und Formaten herausgebildet (Rieker 2009; Schäuble 2010). Angesichts der wachsenden Einsicht in die Realitäten einer multikulturellen Gesellschaft stehen häufig subjektorientierte Perspektiven im Mittelpunkt der Arbeit, mit der Praktiken der Differenzkonstruktion in Frage gestellt werden sollen. Insgesamt lässt sich eine Hinwendung zu einer breit angelegten menschenrechtsorientierten Bildungsarbeit feststellen, die einen umfassenden AdressatInnenkreis in den Blick nimmt.

Der vorliegende Band richtet den Fokus auf die anstehenden Herausforderungen für die außerschulische Jugendbildungsarbeit. Er bringt, ganz im Sinne der grundlegenden Konzeption der Wiesnecker Beiträge zu Politik und politischer Bildung, die Erkenntnisse und Erfahrungen von Autor/

innen aus der Wissenschaft und der praktischen Bildungsarbeit sowie von Akteuren aus der antirassistischen Arbeit zusammen. Damit vereinen die nachfolgenden Aufsätze gesellschaftspolitische Analyse mit praxisnahem Wissen und methodischen Anleitungen. Die Beiträge präsentieren die Ergebnisse einer Tagung im Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg, im Frühjahr 2012.¹

Der erste Themenblock versammelt wissenschaftliche Analysen zum aktuellen Rechtsextremismus. Im Mittelpunkt stehen hier Fragen zur Verankerung rechtsextremer Einstellungsmuster in der bundesdeutschen Gesellschaft und zu den Problemen der Sicherheitsarchitektur, den neuartigen Organisationsstrukturen und Handlungsformen von rechtsextremen Organisationen. Im zweiten Themenblock wird anhand konkreter Beispiele aufgezeigt, wie Organisationen und Akteure aus der Bildungs- und Antirassismuserbeit in ihren Projekten auf die skizzierten Herausforderungen eingehen. In einem dritten Themenblock werden bewährte Ansätze und Methoden aus der politischen Bildungsarbeit gegen rechts analysiert und Perspektiven für die zukünftige Arbeit aus dem Blickwinkel vorwiegend professionalisierter Bildungsanbieter diskutiert.

Zu Beginn fragt Albert Scherr in seinem Beitrag nach der Verankerung rechtsextremer Einstellungsmuster in der bundesdeutschen Gesellschaft und den Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit. In seiner zugespitzten Übersicht der aktuellen Ergebnisse der Meinungs- und Einstellungsforschung macht der Autor deutlich, dass neben einem engeren Kern hartnäckiger Rechtsextremisten die Zustimmung zu nationalchauvinistischen und migrationskritischen Positionen bis weit in die gesellschaftliche Mitte hereinschneidet. Fremde, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, würden in einer solchen Sichtweise als konsensgefährdend wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund plädiert Scherr für eine politische Bildungsarbeit, die jenseits einer notwendigen Informationsvermittlung zu den Ausprägungen des Rechtsextremismus die ideologische Verankerung des Phänomens in weiten Teilen der Gesellschaft verdeutlicht. Dazu brauche es eine reflektierte Auseinandersetzung mit nationalistischen Deutungsmustern vor der Folie einer umfassenden Menschenrechtsbildung. Es gelte dabei, ein Bewusstsein für das Spannungsverhältnis zwischen einer legitimen nationalen Sinnstiftung und einem problematischen Nationalismus zu entwickeln.

Die Verabsolutierung nationalistischer und völkischer Deutungsmuster hat maßgeblich zur Radikalisierung innerhalb der rechten Szene zu Beginn

1 Die einzelnen Beiträge geben im Wesentlichen den Diskussions- und Erkenntnisstand der Jahre 2012/2013 wieder.

der 1990er Jahre beigetragen. Roland Eckert verdeutlicht diesen Prozess in seinem Beitrag mit Blick auf das Mordtrio des NSU, um darauf aufbauend eine vorläufige Bestandsaufnahme der Aufklärungsarbeit zur Mordserie vorzunehmen. Die unzureichende Kommunikation innerhalb einzelner Landesbehörden, insbesondere aber zwischen den Verfassungsschutzbehörden einzelner Länder und des Bundes stelle einen Hauptgrund für das Versagen der Terrorfahnder dar. Die in der geheimdienstlichen Arbeit oftmals sehr enge Vertrauensbeziehung zwischen Verfassungsschützern und ihren Informanten in der Szene, verbunden mit einer weitreichenden Immunitätsgarantie sei – so Eckert – prinzipiell zu akzeptieren. Dass der Schutz von Informanten aber, wie in diesem Fall, bis hin zur Aktenvernichtung führe, müsse kritisch hinterfragt werden. Den Kern der Fehlerkette im Aufklärungsprozess sieht der Autor allerdings eher im Umgang mit den gewonnenen Erkenntnissen in den Reihen des Verfassungsschutzes, der von der Bagatellisierung der Fakten bis hin zur einseitigen Fokussierung auf die von den V-Leuten vermittelten Informationen reiche. Angesichts einer dermaßen problematischen Organisationskultur sei eine grundlegende Debatte der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur notwendig. Vor dem Hintergrund einer Übersicht der aktuellen Reformdiskussion resümiert der Autor, dass eine Reform der erheblichen Kooperationsdefizite keineswegs ausreichend sei. Weitaus notwendiger sei eine auf Kontroversität ausgerichtete Debattenkultur innerhalb der Sicherheitsbehörden. Nur so könnten die neuartigen Radikalisierungsprozesse innerhalb der rechtsextremen Bewegung und die damit verbundenen Gefährdungslagen frühzeitig offengelegt werden.

Das wachsende Potenzial der rechten Szene, insbesondere das immer intensivere Engagement von Mädchen und Frauen, steht im Mittelpunkt des Beitrags von Juliane Lang. Die Autorin attestiert eine heute weit verbreitete ‚doppelte Unsichtbarkeit‘ von Mädchen und jungen Frauen. Aufgrund tradierter Geschlechterstereotype würden sie weder als politische Akteure noch als Gewalttäterinnen wahrgenommen, weshalb sie auch in der pädagogischen Arbeit bisher nur wenig Beachtung gefunden hätten. In ihrer Analyse der politischen Betätigung von Mädchen und jungen Frauen in der rechten Szene zeichnet die Autorin ein gegenteiliges Bild: insbesondere über die Formierung der Mädelskameradschaften seit den 1990er Jahren sei in der Szene eine eigenständige Plattform für die Mobilisierung von weiblichen Aktivistinnen entstanden. Aktuell suchten Frauengruppen aus dem rechtsextremen Umfeld gezielt die politische Öffentlichkeit und propagierten ein modernes, aktivistisch geprägtes Frauenbild. Dabei sei diese relative Modernität allerdings auf die Wahl der Agitationsmittel be-

schränkt, inhaltlich bliebe allein die traditionell weibliche Themenpalette rund um die Bereiche Familie und Soziales maßgeblich. Überdies, so Lang, seien die Aktivitäten von Frauengruppen wie dem Ring nationaler Frauen stark geprägt von den Prämissen der jeweiligen Führungspersönlichkeiten.

Was bedeuten die Ausführungen der Autorin für die politische Bildungsarbeit? Lang grenzt sich hier klar von kurzfristigen Interventionsstrategien ab, die quasi nachholend als Reaktion auf rechte Gewalttaten ansetzen. Demgegenüber setzt sie auf eine konsequent menschenrechtsorientierte Arbeit, verbunden mit einer kritischen Reflexion bestehender Geschlechterverhältnisse. Im Einzelnen sollte eine so verstandene Bildungsarbeit der Pluralität gelebter Rollenmuster in modernen Gesellschaften gerecht werden und so den binären Geschlechterkonstruktionen in der rechten Szene und ihrer ausgrenzenden Ideologie entgegenwirken. Dazu zählt sie überdies eine verstärkte Ausrichtung von Bildungsangeboten auf Mädchen und junge Frauen. Lang plädiert hier dafür, pädagogische Angebote abseits gängiger Rollenklischees anzulegen und Wertorientierungen zu vermitteln, die nicht mit der Abwertung Anderer einhergehen.

Überaus erfolgreich mobilisieren Rechtsextreme aktuell auch in den Reihen von Rockergangs. Dabei reichten die Verbindungen zwischen Rockermilieu und rechten Organisationen – so macht Björn Allmendinger in seinem Beitrag deutlich – bis in die Zeit der rechtsextremen Wehrsportgruppen der 1970er Jahre zurück. Seither aber verdichtet sich das Netzwerk personeller und organisatorischer Kontakte über Einzelfälle hinaus auf bundesweiter Ebene. Auch wenn zahlreiche Rockerclubs in ihrer Außendarstellung weiterhin ihre unpolitische Haltung betonten, belegten insbesondere die Doppelmitgliedschaften ausgewiesener Rechtsextremer die wachsende Verflechtung der Szenen. Wie konnte es zu dieser engmaschigen Kooperation der beiden Szenen kommen? Allmendinger verweist dazu auf eine für beide Seiten profitable win-win-Situation: Für die Rockerclubs eröffne die Zusammenarbeit neues Rekrutierungspotenzial. Die neu gewonnenen Mitglieder könnten für die Clubs bei ihren Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Gangs von strategischer Bedeutung sein. Demgegenüber eröffne sich den Nazikameradschaften der Zugriff auf die umfangreiche Infrastruktur der Rockerclubs, insbesondere die zahlreichen Diskotheken, Kneipen usw., die als Veranstaltungsorte genutzt werden können. Zudem ergäben sich berufliche Perspektiven für Neonazis beispielsweise in der Security-Branche. Eine wichtige Brückenfunktion zwischen den beiden Szenen bilden Rechtsrock-Konzerte und die damit verbundene Verwertungsindustrie. Neben solchen primär ökonomischen Bindegliedern festigen, so Allmendinger, aber auch gemeinsame ideologische Wert- und Moralvorstellungen wie die Fixierung auf

strenge Hierarchien, Gewaltbereitschaft und ein bipolares Geschlechterbild die Kooperationsbereitschaft. Besonders ausgeprägt seien darüber hinaus sowohl bei Neonazis als auch bei Rockern die rassistischen Aufwertungsprozesse der eigenen Gruppe bei gleichzeitiger Abwertung Anderer.

Trotz der besorgniserregenden Tendenzen weist Allmendinger allerdings generelle Pauschalisierungen der Rockerszene als rechtsextrem zurück. Ebenso wenig sei eine allgemeine Politisierung der Gangs zu erkennen. Unverkennbar aber bestehe eine Gefahr in der weitgehend ungestörten Unterwanderung der Rockerszene. Dabei würden Mythen und tradierte Vorstellungen von einer vorgeblich unpolitischen Rockerkultur ihre wachsende Nähe zum Rechtsextremismus zu oft verschleiern. Eine zentrale Aufgabe für die politische Bildungsarbeit besteht für den Autor demzufolge darin, Aufmerksamkeit und Wachsamkeit für die oftmals unscharfen Trennlinien zwischen den beiden Szenen zu schulen.

Der Erfolg rechter Agitation insbesondere in den jüngeren Altersgruppen lässt sich in besonderer Weise durch die gezielte Nutzung internetbasierter Kampagnen erklären. Christoph Busch analysiert in seinem Beitrag das Internet als neuartigen Gelegenheitsraum, der der rechtsradikalen Bewegung zusätzliche Möglichkeiten der Agitation und der Ressourcenmobilisierung bietet. Ausgehend von einem weit gefassten Bewegungsbegriff, welcher der Breite ultranationalistischer Äußerungen im Netz gerecht wird, geht der Autor zunächst auf die quantitative Dimension rechter Webangebote ein, die in Relation zum Wachstum der Branche einen unterproportionalen Anstieg aufweise. Die qualitative Vielfalt und die multimedialen Elemente wirkten dabei allerdings mobilisierend auf netzaffine Sympathisanten. Alle rechtsstaatlichen Versuche, die Expansion des rechtsradikalen Webangebots zu beschränken, zeigten, so Busch, bisher nur eine sehr eingeschränkte Wirkung. Als besonders einflussreiche Strategie der Rechten erweise sich die Beteiligung in Internetforen und Chaträumen, wo diese sich als Repräsentanten bürgerschaftlichen Protests darstellten und damit den rechtsextremen Kern ihrer Agitation verschleiern könnten. Auch bei der internen Kommunikation innerhalb der Bewegung wächst, so Busch, die Bedeutung des Internets. Zum einen trüge die Interaktivität zur Selbstvergewisserung rechter Szenemitglieder bei. Die verbesserten Kommunikations- und Informationsstrukturen erleichterten zum anderen Organisationsprozesse und die Zusammenarbeit mit der NPD. Und schließlich vergrößere das Internet das Potenzial für das Marketing sowie für den Vertrieb rechtsradikaler Produkte und begünstige damit nicht selten ihre Annäherung an jugendkulturelle Szenen. Angesichts der ganz offensichtlichen Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten rechter Aktivitäten im Netz könne – so Busch resümierend – zwar von einer

Verstärkung der Handlungsfähigkeit, aber kaum von einer durchgreifenden Stärkung der Bewegung gesprochen werden.

Im Widerstand gegen rechtsextreme Aktivitäten hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik ein ausgefeiltes und spezialisiertes Netz antirassistischer Projekte und Organisationen etabliert. Lennard Aldag verdeutlicht dies im zweiten Teil des Bandes beispielhaft anhand der gewerkschaftlichen Strategien. Aufgrund ihrer historischen Erfahrungen mit der Spaltung der Arbeiterbewegung im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtergreifung haben die bundesdeutschen Gewerkschaften schon früh den Schwerpunkt ihrer antirassistischen Arbeit auf die Schaffung von lokalen und regionalen Netzwerken abgestellt. Aldag skizziert wesentliche Voraussetzungen für die Formierung solcher Netzwerke auf der Basis seiner Erfahrungen aus der DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen. Dazu zähle eine prinzipielle Offenheit und Gleichberechtigung aller beteiligten Akteure sowie die uneingeschränkte Anerkennung von politischen Differenzen jenseits der eigenen antirassistischen Arbeit. Vor diesem Hintergrund könne es gelingen, über kurzfristige Mobilisierungen im Rahmen von Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche ein System kontinuierlicher Aufklärungs- und Bildungsangebote durch die Netzwerkpartner zu etablieren.

Die Formierung lokaler und regionaler Netzwerke durch antirassistische Akteure zählt auch bei der Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt zu den wesentlichen Aufgabengebieten. Karsten Wilke skizziert diese Arbeit anhand des von Bund und Land ins Leben gerufenen Projektes „Mobile Beratung“ in Nordrhein-Westfalen. Im Mittelpunkt stehe dabei die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich oder ihr Umfeld durch die Aktivitäten von Rechtsextremen bedroht sehen. Daneben fungieren die Beratungsstellen als Beobachter rechtsextremer Aktivitäten in ihrer Region ebenso wie in der Entwicklung von Präventions- und Bildungsangeboten. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit rechter Propaganda gelte es dabei, die oft hintergründigen Diskursstrategien der Neonazis, die sich als Interessenvertreter von Bürgeranliegen zu tarnen wüssten, offenzulegen und kritisch zu hinterfragen. Ein zentrales Problem dieser wie auch vieler anderer antirassistischer Beratungs- und Bildungsangebote sei, so Wilke, ihr projektbezogener Charakter und die damit einhergehenden inhaltlichen wie finanziellen Beschränkungen.

Wolfgang Erichson schreibt die Aufgabe der Vernetzung aus der Perspektive großstädtischer Kommunen fort und ergänzt dies um die Darstellung expliziter handlungs- und sektorübergreifender Strategien in der antirassistischen Arbeit von Kommunen. Leitgedanke ist dabei für ihn, Bürgerinnen und Bürger in ihrer Auseinandersetzung mit menschenfeindlicher Gewalt zu qualifizieren und zu stärken. Zu den konkreten Aufgaben von Kommunen

zählt Erichson unter anderem die konsequente Einbindung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die interkulturelle Arbeit vor Ort. In gleicher Weise gelte es für Kommunen, eine offene Partizipationskultur zu befördern und interkulturelle Konflikte offensiv zu diskutieren. Als zentrale Beschränkung kommunaler Handlungsträger kennzeichnet der Autor die zeitliche Befristung lokaler antirassistischer Projekte ebenso wie die Umschichtung von Bundesmitteln vor dem Hintergrund einer Neukonzeptionalisierung des Extremismusbegriffs. Dabei stellten die mit der Vergabe von Fördermitteln verbundenen Auflagen für antirassistische Initiativen das Engagement gegen rechts grundlegend in Frage.

Im abschließenden dritten Teil des Bandes werden bewährte Ansätze und Methoden aus der politischen Bildungsarbeit gegen rechts analysiert und Perspektiven für die zukünftige Arbeit aus dem Blickwinkel von professionellen Bildungsanbietern und der Pädagogik diskutiert. Zunächst geht Michael Kohlstruck in seinem Beitrag auf die zentralen inhaltsbezogenen und konzeptionellen Fragen ein, denen sich jede und jeder in der Jugendbildungsarbeit gegen rechts Tätige gegenübersteht, und bietet damit ganz praktische Handreichungen für die Gestaltung von Bildungsangeboten. Zunächst plädiert er dabei für einen grundlegenden Selbstklärungsprozess auf Seiten der Bildungsarbeitenden. An erster Stelle stehe eine Differenzierung hinsichtlich der Gestaltung von individuellen beziehungsweise gruppenbezogenen Selbstlernprozessen auf der einen und einer Ausrichtung auf die Delegitimierung der Aktivitäten von Rechtsextremen auf der anderen Seite. Zu klären sei angesichts der varianten Konzeptionalisierungen des Rechtsextremismus überdies die Reichweite des eigenen Ansatzes, wobei in einer erweiterten Perspektive nicht allein der politische Rechtsextremismus, sondern vielmehr auch alle Formen struktureller Diskriminierungen und Differenzkonstruktionen in den Blick gerieten. Als inhaltliche Schwerpunkte der auf den Rechtsextremismus bezogenen Bildungsarbeit identifiziert der Autor die Ausbildung personaler ebenso wie sozialer und politisch-gesellschaftlicher Kompetenzen. Für die politische Bildungsarbeit ergebe sich hierbei die weit gefasste Aufgabe, zusätzlich auch sozialpädagogische und sozialarbeiterische Ansätze zu integrieren. Dies gelte insbesondere, wenn neben der größten Gruppe der politisch interessierten Jugendlichen auch rechtsextrem orientierte junge Menschen als Zielgruppe angesprochen werden sollen. Die Arbeit mit dieser Klientel sei dann erfolgversprechend, wenn alternative Milieus und Angebote geschaffen bzw. unterstützt würden, die der menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremen entgegenstehen.

Die konkrete Ausformung solcher Angebote durch bundes- und landespolitisch geförderte Maßnahmen skizziert Ulrich Dovermann in seinem

Beitrag zu den Bildungs- und Präventionsangeboten der Bundeszentrale für politische Bildung gegen den Rechtsextremismus. Entgegen einer nur periodisch aufflackernden öffentlichen Aufmerksamkeitsspanne konstatiert der Autor eine bemerkenswerte bundesdeutsche Tradition zuverlässig geförderter Bundesprogramme. Anders als Karsten Wilke und Wolfgang Erichson erkennt Ulrich Dovermann deutliche Vorteile einer Projektorientierung inklusive einer zeitlich begrenzten Förderpraxis gegenüber einer auf unbegrenzte Zeit ausgerichteten Unterstützung einzelner Maßnahmenträger. Auf dieser Grundlage habe sich ein hochprofessionalisierter Kreis von Projektanbietern etabliert. Dabei könne eben diese Professionalisierung immer dann zum Problem werden, wenn die nur zeitweilig Engagierten sich zurückziehen und das Feld den Festangestellten überlassen. Vehement tritt Dovermann dafür ein, Rechtsextreme als Zielgruppe von Bundesprogrammen stärker in den Blick zu nehmen. Ebenso wie Michael Kohlstruck erkennt er hier ein großes Potenzial, sofern es solchen Angeboten gelingt, alternative Lebenswelten zum rechtsextremen Umfeld zu schaffen.

Regina Bossert und Lars Legath verdeutlichen in ihrem Beitrag die Konturen und Zielsetzungen eines durch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg geförderten Präventionsprojektes. Damit reagiere die Landeszentrale auf die zunehmende Verbreitung menschenverachtenden Gedankengutes durch die neuen digitalen Medien. Über eine Sensibilisierung für die Bedeutung von Vorurteilsstrukturen sollen Jugendliche für ein argumentatives Engagement gegen Rechtsextremismus befähigt werden. Den Schwerpunkt der Projektarbeit bilden Projektstage mit Plan- und Rollenspielen, die im schulischen wie auch im außerschulischen Kontext durchgeführt werden können. Durch diese Methode werde den Jugendlichen ein Perspektivwechsel ermöglicht, der alternative Handlungsoptionen erfahrbar mache.

Die Vielfalt rechtsextremistischer Herausforderungen für unser demokratisches Gemeinwesen zeigt sich durch einen Blick auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Jochen Schmidt charakterisiert in seinem Beitrag zunächst die engen Verbindungen des subkulturellen Milieus rechter Kameradschaften mit der NPD und deren gemeinsame Bemühungen um eine Durchdringung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf lokaler Ebene. Vor diesem Hintergrund verdeutlicht der Autor die schrittweise Neuausrichtung von Präventionsangeboten des Landes Mecklenburg-Vorpommern im gesellschaftlichen Transformationsprozess auf die Verankerung demokratischer Werte und Strukturen. Bei der Umsetzung würden präventive und integrative Ansätze mit Elementen sozialarbeiterischer Intervention verknüpft. Im Sinne einer nachhaltigen Projektausrichtung seien entsprechende Trägerstrukturen mit Regionalzentren geschaffen worden, die eine enge Kooperation und

Bündnisstruktur zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen auf der einen und staatlichen Akteuren auf der anderen Seite garantieren könnten. Den Wert solcher langfristig angelegter Maßnahmen sieht Schmidt in dem klaren Bekenntnis der politisch Verantwortlichen für Demokratie und Toleranz.

In seinem abschließenden Beitrag entwirft Uwe Wenzel das Konzept eines medienpädagogischen Projektes, das sich für den Einsatz im schulischen wie auch im außerschulischen Kontext eignet. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit Klischees und Fremdbildern von Sinti und Roma in den Medien. Stereotype Darstellungen von Sinti und Roma sind in den Medien überaus präsent und tragen erheblich zur Vorurteilsbildung bei. Ziel des Projektes ist die Ermöglichung von Selbstlernprozessen bei Jugendlichen durch eine Auseinandersetzung mit der Berichterstattung über die Minderheit in den lokalen Printmedien und den darin erkennbaren Differenzkonstruktionen. Der Autor skizziert dazu anhand eines konkreten Beispielfalls den möglichen Ablauf eines Forschungsvorhabens, das dem Prinzip des forschenden Lernens folgt und jungen Menschen die Gelegenheit bieten soll, sich analytisch präzise sowie ethisch und reflexiv orientiert mit Medieninhalten zu beschäftigen und somit einer Ausbildung von „Wir“- und „Sie“-Konstruktionen entgegenzuwirken.

Die Herausgeber hoffen, mit den vorliegenden Beiträgen Anregungen und Impulse sowohl für die Auseinandersetzungen mit den aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus als auch für die Praxis politischer Bildungsarbeit geben zu können. Unser Dank gilt allen Autorinnen und Autoren für Ihre Mitarbeit und die Umsetzung ihrer Tagungsbeiträge in publizierbare Texte.

Literatur

- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Berlin.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig.
- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim.
- Schäuble, Barbara (2010): Politische Bildung und Rechtsextremismus. In: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts., S. 409–421.

Rechtsextremismus, die Mitte der Gesellschaft und die Aufgaben der politischen Bildung

Zu den Erscheinungsformen, der Verbreitung und den Ursachen des neueren Rechtsextremismus, der sich in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern seit den 1990er Jahren entwickelt hat, liegen inzwischen umfangreiche empirische Studien¹ und theoretische Analysen² vor. Diese ermöglichen es, über die Dimensionen und die Verbreitung eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes sowie nationalistischer, antidemokratischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer und rassistischer Einstellungen gut begründete Aussagen zu treffen.³ Zudem haben die Studien zur sog. gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Rahmen einer Langzeituntersuchung Daten über Vorteile und Ungleichwertigkeitsvorstellungen erhoben.⁴

Darüber hinaus hat sich ein umfangreicher Diskurs zu den Möglichkeiten und Grenzen von staatlich-politischen, zivilgesellschaftlichen und pädagogischen Strategien gegen Rechtsextremismus, einschließlich der schulischen und außerschulischen Bildung, entwickelt.⁵ Auch wenn im Hinblick auf einige Bereiche noch Forschungsdefizite festzustellen sind⁶, kann gleichwohl davon

-
- 1 S. etwa: Decker u. a. 2008 und 2012; Möller/Schumacher 2007; Stöss 2005 und 2010; Zick 2011.
 - 2 S. etwa Benzler 2008; Dünkel/Geng 1999; Klärner/Kohlstruck 2006; Scherr 2009; zur europäischen Dimension Langenbacher/Schellenberg 2011; Institute for Strategic Dialogue 2012.
 - 3 S. zusammenfassend: Gessenharter 2008; Möller/Schumacher 2007, 17 ff.; Scherr 2009; Heitmeyer 2012.
 - 4 Inzwischen liegen 10 Bände der Studie ‚Deutsche Zustände‘ vor, zuletzt Heitmeyer 2012. Dort wird als ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘ ein Syndrom von Ungleichwertigkeitsvorstellungen erfasst (unter anderem Sexismus, Homophobie, Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen), das über den Fokus der Rechtsextremismusforschung einerseits hinausgeht, andererseits aber zentrale Elemente des Rechtsextremismus (Nationalismus, antidemokratische Orientierungen, NS-Verharmlosung) nicht erfasst.
 - 5 S. etwa Bertelsmann Stiftung 2005; Hormel/Scherr 2004; Molthagen u. a. 2008; Bundschuh/Drücker/Scholle 2012; Scharathow/Leiprecht 2009; Schoeps u. a. 2007.
 - 6 Dies gilt in Hinblick auf Strukturen rechtsextremer Netzwerke, die sich der Beobachtung mit den gängigen Methoden empirischer Forschung entziehen. Bislang verhindert wurde auch eine Forschung über Affinitäten zu rechtsextremen Einstellungen unter Lehrer/innen; diese scheint von den Kultusministerien nicht erwünscht zu sein. Seit

ausgegangen werden, dass ein ausreichendes Wissen zu zentralen Dimensionen der Problematik verfügbar ist. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden ausgewählte Forschungsergebnisse, insbesondere aus der Forschung zu rechtsextremen Einstellungen, vorgestellt und einige Implikationen für die politische Bildung verdeutlicht. Dabei soll es hier nicht darum gehen, erneut einen breiten Überblick über den Stand der Forschung zu geben, sondern um die pointierte Darstellung von Aspekten, die m.E. für die politische Bildung in besonderer Weise relevant sind.

Diesbezüglich wird akzentuiert, dass politische Bildung nicht von einer klaren Unterscheidbarkeit zwischen der Teilgruppe der Rechtsextremen und einer Bevölkerungsmehrheit ausgehen kann, deren politische Überzeugungen keinerlei Affinitäten zu rechtsextremen Positionen aufweisen. Abschließend werden Konsequenzen dieses Sachverhalts für die politische Bildung aufgezeigt.

1. Ergebnisse der Meinungs- und Einstellungsforschung: Rechtsextremismus und Nationalismus

In der neueren empirischen Forschung wird Rechtsextremismus als Zustimmung/Ablehnung in Hinblick auf sechs Dimensionen erhoben: Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Befürwortung einer autoritären Diktatur, nationaler Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auf der Grundlage repräsentativer Befragungen wird der Anteil derjenigen, bei denen ein rechtsextremistisches Einstellungssyndrom vorzufinden ist, für die Bundesrepublik von Richard Stöss (2010, 64 ff.) auf ca. 10 % der Gesamtbevölkerung⁷ eingeschätzt, bei erheblichen Differenzen zwischen den Bundesländern: Die östlichen Bundesländer erzielen höhere Werte als die westlichen, aber auch Bayern und Baden-Württemberg weisen mit 13 % überdurchschnittliche Werte auf. Ältere und neuere Studien deuten übereinstimmend darauf hin, dass die geäußerte Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen sozialstrukturell und demografisch ungleich verteilt ist: Sie fällt bei Arbeitslosen, Arbeitern und Facharbeitern sowie Rentnern im Vergleich zu Angestellten, Beamten und Selbstständigen höher aus, bei über 55-Jährigen höher als bei 12- bis 24-Jährigen.

einigen Jahren wurden auch keine repräsentativen Studien über jugendlichen Rechtsextremismus mehr durchgeführt. Eine geplante Studie über rechtsextreme Tendenzen in Jugendmusikkulturen konnte der Verfasser nicht realisieren, da seitens potenzieller Geldgeber kein Bedarf gesehen wurde (s. dazu Gründer 2012; Scherr 2012).

7 Untersuchungen, die vor Anfang der 2000er Jahre durchgeführt wurden, kommen zu höheren Werten von ca. 15 %; die gegenwärtig geringere Zahl ist jedoch nicht Folge veränderter Einstellungen, sondern vor allem Folge veränderter Erhebungsinstrumente.

Es wäre jedoch allzu vereinfachend, rechtsextreme Orientierungen in einem eindeutigen Zusammenhang mit sozialstrukturellen Positionen, insbesondere mit sozialen Benachteiligungen, zu sehen. Neuere Untersuchungen belegen „die Existenz eines rechtspopulistischen Potenzials, das sich aus höchst unterschiedlichen, zum Teil geradezu gegensätzlichen Motiven und Interessenlagen speist“ (Dörre 2008, 249). Klaus Dörre unterscheidet entsprechend einen „rebellischen“ Rechtspopulismus der Benachteiligten, dem die Überzeugung zugrunde liegt, dass die eigenen, national verstandenen Interessen von der herrschenden Politik nicht vertreten werden, von einem „konformistischen“ Rechtspopulismus, der sich bei denjenigen findet, die sich in vergleichsweise gesicherten und gehobenen sozialen Positionen wissen (ebd., 250 ff.).

Bei etwas näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Zustimmung zu den einzelnen Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms sehr unterschiedlich ausgeprägt ist (s. Decker/Brähler/Geißler 2006; Decker u. a. 2008; Decker/Kiess/Brähler 2012):

- Die Dimensionen ‚Verharmlosung des Nationalsozialismus‘ und ‚Befürwortungen einer autoritären Diktatur‘ grenzen den harten Kern des Rechtsextremismus ein, die Zustimmungquoten liegen hier aktuell bei ca. 10 % (Verharmlosung) bzw. ca. 7 % (Diktatur) (Decker/Kiess/Brähler 2012, 31 f.).
- Erheblich größere Zustimmung finden ein chauvinistischer Nationalismus sowie Ausländerfeindlichkeit:
 - Der Aussage, dass „wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“ haben sollten, stimmen 40 % der Befragten zu, und ca. 30 % fordern eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, deutsche Interessen „hart und energisch gegenüber dem Ausland“ durchzusetzen (ebd.).
 - Dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet ist“, halten 37 % für eine zutreffende Einschätzung; dies gilt bei 36 % auch für die Aussage „die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (ebd.). 47 % stimmen in der Untersuchung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der Aussage zu, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben (Heitmeyer 2012, 38).
 - In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften (Allbus 2008) findet die Aussage „Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich deutschen Sitten und Gewohnheiten anzupassen“ volle Zustimmung bei ca. 50 %, eingeschränkte Zustimmung bei weiteren 30 %.

Eine sehr hohe Zustimmung erzielen also Aussagen, die an die Vorstellung einer Konkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern um Arbeitsplätze